

Fazit: In einer komplexen Welt gilt: ändern, was man ändern kann

Die Datenlage ist eindeutig: Die deutsche Industrie befindet sich in einer schweren Krise. Ein weiteres trendmäßiges Schrumpfen der industriellen Wertschöpfung scheint vorerst unvermeidlich. Dies ist eine Folge der Tatsache, dass positive Sonderfaktoren, die der deutschen Industrie Rückenwind gegeben haben – die Integration Chinas in das globale Handelssystem und eine allgemeine Ausweitung des globalen Handels – sich nun umgekehrt haben. China ist nicht mehr vor allem Kunde der deutschen Industrie, sondern Konkurrent. Handelshemmnisse werden derzeit nicht abgebaut, sondern neu errichtet. Auch die Höhe und die Unsicherheit über den mittelfristigen Pfad der Energiepreise belasten die deutsche Industrie.

Wie weit die Schrumpfung des deutschen Industriesektors noch gehen wird, hängt entscheidend von externen Faktoren ab: Wie weit wird die Fragmentierung des Welthandels voranschreiten? Wie wird sich der Handelskonflikt mit den USA entwickeln? Wird es Europa gelingen, mit anderen Ländern regionale Freihandelsabkommen zu schließen? Wird China seinen mercantilistischen Kurs unvermindert weiterverfolgen und welche Form der Entkoppelung von China wird es geben? Wir haben in diesem Bericht mehrere Szenarien und Konsequenzen daraus beschrieben.

All dies zeigt, dass das Schicksal der deutschen Industrie, mehr als dies in der Vergangenheit der Fall war, von Faktoren abhängt, die sich der direkten Einflussnahme der Unternehmen und der Bundesregierung entziehen. Die Schlussfolgerung hieraus darf allerdings nicht Resignation oder Untätigkeit sein. Vielmehr gilt es alle Anstrengung zu unternehmen und an den Stellschrauben zu drehen, die man kontrollieren kann:

- **Traditionelle Standortfaktoren müssen wieder mehr in den Fokus gerückt werden.** Die deutsche Industrie hatte in der Vergangenheit in vielen Produkten ein Alleinstellungsmerkmal. Wie in Kapitel 1–5 dargestellt ist diese Position in vielen Bereichen entweder zunehmend unter starkem Druck oder sogar verschwunden. Damit sind aber auch traditionelle Standortfaktoren – Arbeits- und Energiekosten, die Steuerbelastung von Unternehmen, die Flexibilität des Arbeitsmarktes und eine überbordende Bürokratie – zunehmend eine Achse, entlang welcher Wettbewerbsfähigkeit zurückgewonnen werden muss (Kapitel 6). Es ist dabei entscheidend den relativen Charakter der Wettbewerbsfähigkeit im Auge zu behalten: Wettbewerbsfähigkeit wird stets relativ zu anderen Ländern

verloren oder gewonnen. Wie stark die Reformanstrenzungen an dieser Stelle sein müssen, hängt damit auch immer vom Tempo ab, das andere Länder vorgeben. Und zumindest das Tempo von China und den USA ist hoch!

- **Das Neue muss wachsen können.** Es ist offensichtlich, dass eine Neukalibrierung der Kostenstruktur und ein Abbau bürokratischer Hemmnisse allein nicht zu einer kraftvollen Renaissance der deutschen Industrie führen werden. Verstärkte Digitalisierungsbemühungen (Kapitel 8) und Innovationen von bestehenden Unternehmen und die Gründung neuer Unternehmen müssen ein wesentliches zusätzliches Element sein. Daraus folgt die Notwendigkeit, das Innovationssystem zu stärken (Kapitel 9) und – da wo notwendig – schöpferische Zerstörung zuzulassen. Hierfür müssen die regulatorischen und steuerlichen Rahmenbedingungen für Start-ups verbessert werden (Kapitel 19). In diesem Zusammenhang sind auch Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel von großer Bedeutung, da das Fehlen von Fachkräften Investitionen und Innovationen behindert (Kapitel 7 und 20)

- **Geopolitische Gestaltungskraft zurückgewinnen.** Damit Deutschland und Europa in einer veränderten Welt ihre Interessen kraftvoller durchsetzen können als dies bislang der Fall ist, muss ein aktiver staatlicher Beitrag zur Verringerung wirtschaftlicher Abhängigkeiten geleistet werden (Kapitel 15, 16 und 17). Auch ein Beharren auf einem regelbasierten Welthandel – so richtig dies ist – sollte sich nicht nur in entsprechenden Appellen erschöpfen. Solange China an seiner mercantilistischen Politik festhält und die USA eine erratische „America-First“ Politik verfolgt, sollten Zölle Teil des wirtschaftspolitischen Werkzeugkastens sein – auch wenn der Einsatz dieses Instruments an eine klare Strategie geknüpft sein muss.

Ein staatlicher Reformprozess ist allerdings kein Ersatz für unternehmerisches Handeln. Der Genesungsprozess der deutschen Industrie kann nur gelingen, wenn die Unternehmen sich ihrerseits an das sich stark verändernde Umfeld anpassen. Ein mittlerweile offensichtlicher Punkt ist dabei die Resilienz der Lieferketten, die keineswegs nur in die Zuständigkeit des Staates fällt.

Bei all dem bleibt keine Zeit zu verlieren. Wie diskutiert besteht das Risiko sich selbstverstärkender Dynamiken und einer Spirale nach unten. Deshalb sind von allen staatlichen und privaten Akteuren Pragmatismus und der Mut zum Experiment gefragt.